

Urban Mangold, 2. Bürgermeister von Passau und niederbayerischer ÖDP-Bezirksvorsitzender, über die Gefahren finanzieller Zuweisungen an Parteien

„Firmenspenden überweisen wir zurück“

Die Spendenaffäre um den Regensburger OB Joachim Wolbergs (SPD) entfacht die Debatte um finanzielle Zuwendungen von Unternehmen neu. Der ÖDP-Politiker Urban Mangold ist überzeugt, dass Parteien darauf verzichten müssen – und es auch können.

BSZ Herr Mangold, die ÖDP verzichtet als einzige Partei des demokratischen Spektrums bewusst auf Spenden juristischer Personen – kann man so überhaupt als politische Kraft noch arbeiten?

MANGOLD Natürlich ist der finanzielle Spielraum eingeschränkt. Aber für uns ist das eine Frage der politischen Kultur. Was da in Regensburg zutage tritt, ist ja auch nur die Spitze des Eisbergs in Deutschland. Wir sehen deshalb grundsätzlichen gesetzlichen Änderungsbedarf.

BSZ Inwieweit?

MANGOLD Wer würde denn vertrauensvoll beispielsweise ein Amtsgericht, eine Polizeiinspektion oder ein Vermessungsamt aufsuchen, wenn den dort Beschäftigten per Gesetz ausdrücklich erlaubt wäre, Geldgeschenke anzunehmen. Unvorstellbar! Die ÖDP fordert: Was für die vollziehende Staatsgewalt und für die Justiz gilt, muss endlich auch für die gesetzgebende Gewalt, also für das Parlament und die Parteien, gelten.



Urban Mangold (53), ein früherer Hörfunkredakteur, ist seit 1991 auch Landesgeschäftsführer seiner Partei. FOTO BSZ



Allein an die fünf im Bundestag vertretenen Parteien wurden im vergangenen Jahr mehr als 20 Millionen Euro von Unternehmen gespendet.

FOTO DPA

BSZ Von natürlichen Personen nimmt aber auch die ÖDP Geld an, oder?

MANGOLD Richtig – aber eben auch nur von diesen. Und wir fordern, dass Spenden von Privatleuten beschränkt werden auf eine jährliche Maximalhöhe von 6600 Euro. Das ist der Höchstbetrag, bis zu dem man Spenden steuerlich geltend machen kann. Jeder Bürger darf bei Wahlen nur einmal abstimmen, alle vier, fünf oder sechs Jahre. Es kann deshalb nicht sein, dass sich Großkonzerne und Industrieverbände zwischendurch mittels Spenden ein zusätzliches Stimmrecht erkaufen.

BSZ Vertreter der anderen Parteien sagen häufig, dass die alltägliche Arbeit ohne die Unterstützung durch Spenden kaum noch möglich wäre – auch in der Kommunalpolitik?

MANGOLD Das halte ich für Quatsch. Ob so große Einsparungen notwendig sein müssten, sei mal dahingestellt. Eventuell wären die Parteien gezwungen, ihren Apparat zu verkleinern. Aber solche Aussagen verschlimmern die Zustimmungskrise zu unserem politischen System eher noch. Wir sehen den Verzicht auf Spenden von Großkonzernen und Industrieverbänden als Voraussetzung, um bei den Bürgern wieder ein

gesundes Vertrauen in die politischen Akteure wachsen zu lassen.

„Eventuell müsste der Parteiapparat kleiner werden“

BSZ Sie sind Bezirkschef Ihrer Partei: Wenn einer Ihrer Kommunalpolitiker Spenden von Firmen annehmen würde – würden Sie ihn rauswerfen?

MANGOLD Das Verbot der Spendenannahme steht seit unserer Gründung in unserer Satzung, es ist Teil unserer politischen Identität wie die

Ablehnung der Atomkraft. Insofern kann ich es mir nicht vorstellen. Falls die Spende einer juristischen Person eingehen sollte, würden wir die Summe zurücküberweisen.

BSZ Warum scheint sich die Mehrheit der Bürger aber nicht generell an Spenden zu stören?

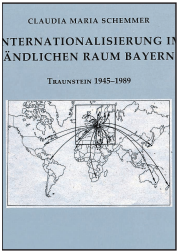
MANGOLD Wir bemühen uns, die Öffentlichkeit für unsere Überzeugung zu sensibilisieren, es auf die politische Agenda zu setzen. Und ich denke, durch die Vorfälle in Regensburg hat das Thema nun endlich die notwendige Aufmerksamkeit.

Interview: ANDRÉ PAUL

Wie der ländliche Raum die weite Welt entdeckte

München ist die Weltstadt mit Herz, klar – aber ist der Rest von Bayern deshalb nur verschlafene Provinz? Nein, findet die Historikerin und Realschullehrerin Claudia Maria Schemmer. Am Beispiel der Stadt Traunstein dokumentiert die Wissenschaftlerin die Internationalisierung im ländlichen Raum des Freistaats in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 bis zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989. An der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität wurde sie damit beim bayerischen Landeshistoriker Ferdinand Kramer promoviert.

In ihrem mit umfangreichem Quellenmaterial angefüllten Buch greift Schemmer so unterschiedliche Aspekte auf wie die Auswirkungen der typischen Kultur der US-Besatzungssoldaten auf die einheimische Bevölkerung, die Schulung der Kommunalpolitiker durch demokratieerfahrene Ausländer, die Entstehung wirtschaftlicher Verbindungen nach Europa und Übersee und die wechselseitige geistige Befruchtung von Traunsteinern und internationalen Gästen durch Schüleraustauschprogramme, den Tourismus, die Olympischen Spiele 1972 und die globale Zusammenarbeit in Gremien der katholischen Kirche im Vorfeld des II. Vatikanischen Konzils. > **APL**



Claudia Maria Schemmer, Internationalisierung im ländlichen Raum Bayerns, Verlag Michael Laßleben, Kallmünz 2016, 369 Seiten, 39 Euro.

ISBN 978-3-7847-3125-4

Städtetags-Hauptgeschäftsführer Dedy zu Änderungswünschen zum Entwurf fürs neue Pflegestärkegesetz

Kommunen fordern mehr Gestaltungsfreiheit

„Die Städte unterstützen das Ziel der Bundesregierung, die Rolle der Kommunen bei der Pflege weiter zu stärken und auszubauen und die Kompetenzen der Kommunen bei der Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen besser zu nutzen“, sagt Helmut Dedy, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags. Die Städte wollen pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine umfassende Beratung aus einer Hand ermöglichen, „ohne unnötige Wege und langwieriges Suchen nach dem richtigen Ansprechpartner“. Es gehe darum, so Dedy, „Wohnviertel so auszugestalten, dass den Menschen die Unterstützung gewährleistet wird, die nötig ist, um so lange wie möglich im eigenen Zuhause ein selbst bestimmtes Leben zu führen“.

Die jetzt im Gesetzentwurf der schwarz-roten Koalition vorgesehenen, bundesweit 60 Modellprojekte zur Einrichtung neuer Beratungsstellen in den Kommunen sei-

en dafür ein wichtiger Schritt. Eine begrenzte Anzahl an Kommunen bekommt so erstmals die Möglichkeit, die bisherigen separaten Beratungsangebote der Pflegeberatung durch die Pflegekassen zu verzahnen mit kommunalen Beratungsangeboten und kommunalen Leistungen im Rahmen der Seniorenberatung, der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe, des öffentlichen Gesundheitsdiensts und des Beratungsangebots zur Wohnraumanpassung. Das hilft den Menschen vor Ort, dort, wo sie wohnen und gepflegt werden.

„Allerdings ist es unverständlich, warum den Modellkommunen ein so enges Korsett vorgegeben wird, in dem sie arbeiten sollen. Es widerspricht dem Erkenntnisinteresse eines Modells, für die Kommunen nahezu keine Spielräume zu gewähren, jedoch Vorgaben durch die Pflegekassen vorzusehen, bei deren Erarbeitung die kommunale Ebene noch nicht einmal beteiligt werden soll“, kri-

tisiert Helmut Dedy. Die Modellprojekte dürften „keine Sparschweine zugunsten der Pflegekassen sein, die sich ihrer Aufgaben entledigen, aber die Finanzierungsanteile nicht leisten wollen. Da sind Änderungen des Gesetzesentwurfs erforderlich.“

Gesetzentwurf wurde sehr spät eingebracht

Die Städte in Deutschland befürworten den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, an dem sie mitgewirkt haben, versichert der Hauptgeschäftsführer. Er eröffne pflegebedürftigen Menschen mehr Teilhabemöglichkeiten und beziehe Menschen mit kognitiven Einschränkungen – beispielsweise Demenzerkrankte – mit ein.

Die Städte verlangen allerdings seit Längerem, dass sich diese Neuausrichtung einheitlich in allen Leistungsgesetzen widerspie-

gelt, die Menschen mit Pflegebedarf betreffen. „Um ein reibungsloses Ineinandergreifen zwischen dem Recht der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe zu gewährleisten, ist ein einheitliches Verständnis von Pflegebedürftigkeit unerlässlich“, fordert Dedy. Doch das sei derzeit nicht gewährleistet.

Der Gesetzentwurf zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Recht der Hilfe zur Pflege wurde aus Sicht des Städtetags vom Kabinett in Berlin so spät vorgelegt, dass bereits der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens noch im Jahr 2016 fraglich erscheint. Selbst wenn das Gesetzgebungsverfahren noch in diesem Jahr zum Abschluss gebracht werden kann, fehle es den Kommunen an der notwendigen Zeit, die Änderungen zum 1. Januar 2017 organisatorisch und leistungsfähig vorzubereiten. In einigen Bundesländern sind außerdem vorab noch landesrechtliche Ausführungsregelungen zu ändern. > **BSZ**

Weiterer Ausbau der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung im ländlichen Raum

Die letzten Tage auf dem Dorf verbringen

Das bayerische Sozialministerium treibt die Gründung von Teams der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) voran. Demnächst geht in der Stadt Kaufbeuren und im Landkreis Ostallgäu ein Team an den Start. Ziel des Projekts ist es, Schmerzen und andere Symptome wie Atemnot zu lindern und damit die Lebensqualität des Patienten am Ende seines Lebens soweit wie möglich zu erhalten.

Hintergrund: Bayern plant derzeit intensiv den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Mit einem Team aus qualifizierten Ärzten, geschulten Pflegekräften und weiteren Fachkräften bietet die spezialisierte ambulante Palliativversorgung den Betroffenen und ihren Angehörigen fürsorgliche Begleitung und menschliche Nähe auf ihrem letzten Weg.

Mit dem neuen SAPV-Team im Ostallgäu werden ab Juli dieses

Jahres insgesamt 38 Teams für Erwachsene in ganz Bayern tätig sein – davon 19 im ländlichen Raum sowie fünf weitere Teams für Kinder und Jugendliche. Für die Aufbauphase eines neuen SAPV-Teams stellt das bayerische Gesundheitsministerium eine Anschubfinanzierung in Höhe von bis zu 15 000 Euro zur Verfügung.

Insgesamt gibt es in Bayern aktuell an 98 Krankenhäusern stationäre palliativmedizinische Versor-

gungsstrukturen mit insgesamt 454 Betten. 49 Krankenhäuser verfügen nur über eine Palliativstation. Sechs davon haben sowohl eine Palliativstation als auch einen palliativmedizinischen Dienst. Die anderen 49 Krankenhäuser haben ausschließlich einen palliativmedizinischen Dienst. Im stationären Bereich verfügt Bayern derzeit über 18 Hospize mit 182 Plätzen sowie ein stationäres Kinderhospiz mit acht Plätzen. > **BSZ**

KOMMENTAR

Jetzt muss die Wirtschaft liefern

VON ANDRÉ PAUL

Acht bayerische Kommunen können sich freuen: Sie wurden von einer Expertenjury im Wettbewerbsverfahren ausgewählt als Standorte der neuen digitalen Gründerzentren, die die Staatsregierung über den gesamten Freistaat verteilen möchte. Drei weitere Regionen – am fränkischen Untermain, in Westmittelfranken und in der nördlichen Oberpfalz – können sich zumindest berechnete Hoffnungen machen, auch noch mit einem Zentrum zum Zuge zu kommen. Immerhin handelt es sich bei den genannten Landstrichen ja um drei der vier strukturschwachen Gegenden Bayerns. Von diesen wurde Oberfranken, der ärmste weiß-blaue Bezirk, bereits kräftig gefördert: Gleich zwei Standorte, Bamberg und Hof, kamen dort zum Zuge.

Ein wenig böses Blut ist bei dieser Auswahl natürlich garantiert, immerhin wurden auch fünf Bewerber nicht berücksichtigt. Und dass Niederbayern gleich drei Standorte bekommen hat – Passau, Deggendorf und Landshut –, dürfte im einwohnerstärkeren Schwaben, das mit Kempten und Augsburg nur zwei erhielt, ebenfalls für Unmut sorgen.

Ob es tatsächlich überall den „enormen Schub bei der Digitalisierung und bei der Existenzgründung“ gibt, wie Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hofft, bleibt abzuwarten. Damit junge Digitalunternehmer auf Dauer an einem Standort bleiben, ist ein Breitbandausbau mit einer Leistung von deutlich über 50 Mbit/s zwingend notwendig.

Die Vergabe der Standorte war eine Quadratur des Kreises, denn einerseits sollten bestimmte Landstriche durch die Maßnahme zwar gefördert werden – es musste aber auch ein Fundament da sein: also eine Hochschule für angewandte Wissenschaften mit Renommee und eine starke Wirtschaft vor Ort.

Jetzt sind die Bürgermeister und Landräte gefordert, ihren lokalen Unternehmen kräftig auf die Füße zu treten, tatsächlich Geld zur Unterstützung locker zu machen. Für viele Mittelständler gelten die studentischen Startups aus der IT-Branche nämlich immer noch als drollige Unternehmen von Computernerds.

Kampagne für eine sauberere Isar in der Landeshauptstadt

München plant eine Marketingkampagne für eine sauberere Isar. Ziel ist es, weniger durch Verbote, sondern vor allem durch Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu sauberen Isarauen zu kommen. Dafür sollen unter anderem eine Plakatkampagne auf 20 Litfaßsäulen, Kurzfilme und Fotos in sozialen Netzwerken sowie Postkarten und Grilltüten beitragen. Zudem soll eine „Isar-App“ künftig über Grillzonen, Grillregeln und Standorte von Toiletten und Mülleimern informieren. Ein naher Supermarkt will künftig Pfand auf Einweggrills verlangen

Hintergrund: Am Morgen nach lauen Sommernächten sieht es an der erst vor wenigen Jahren renaturierten Isar häufig aus wie auf einer Mülldeponie. Besonders das junge Partypolk kümmert sich überhaupt nicht darum, was aus den Überresten ihrer Feiern – wie Bierdosen, Speiseresten oder Plastikmüll – wird. > **APL**